



## Wir erwarten einen Plan und endlich Antworten GdP schlägt Alarm und warnt Politik in Sachen Besoldung vor einem Spiel auf Zeit

GdP-Info  
18-2026

**Berlin. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) lässt nicht locker und macht in Sachen Besoldung und Amtsgemessene Alimentation Druck auf den Berliner Senat sowie das gesamte Abgeordnetenhaus. Während andere Bundesländer und der Bund nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Berliner Besoldung die Parameter zur Kenntnis genommen und bereits Anpassungen vorgelegt haben, herrscht in der Hauptstadt Funkstille. Die GdP verweist auf verlorenes Vertrauen, die sinkende Kaufkraft und massive Schäden für die Zukunft der Berliner Polizei, Feuerwehr und Verwaltung.**

„Langsam aber sicher kann das keiner mehr erklären, warum hier aus der Berliner Politik rein gar nichts zu hören ist. Es ist absolut gar nicht zu verstehen, dass in anderen Bundesländern wie Schleswig-Holstein längst auf das Bundesverfassungsgericht reagiert wurde und bei den Beamtinnen und Beamten des hauptsächlich betroffenen Bundeslandes weiter auf Zeit gespielt wird, um diesen gigantischen Vertrauensverlust der Beschäftigten endlich wieder gutzumachen. Es geht hier auch nicht allein darum, die Besoldung der Jahre ab 2008 zu reparieren, sondern etwas vorzulegen, um eine Amtsgemessene Alimentation für die Zukunft sicherzustellen. Während die Kaufkraft weiter sinkt, schweigen der Senat und das komplette Abgeordnetenhaus, welches hier gesamtverantwortlich für diesen Schaden ist. Jeder zu wenig gezahlte Euro aus dem Jahr 2008 ist heute nicht mal ansatzweise so viel wert und wird 2028 noch weniger wert sein“, so GdP-Landeschef Stephan Weh.

In der Tat soll in der aktuell verantwortlichen Senatsverwaltung für Finanzen seit Monaten an einem entsprechenden Reparaturgesetz gearbeitet werden, um der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur rechtswidrig zu wenig gezahlten Besoldung an Berlins Beamtinnen und Beamten nachzukommen. Weiterhin aber lässt das Resultat auf sich warten. „Das beschädigt das Vertrauen in das Land Berlin Tag für Tag mehr und brennt sich immer tiefer in unsere Kolleginnen und Kollegen ein, die hier über jahrelang geprellt wurden und endlich rechtmäßig nachbezahlt werden müssen. Es hat auch Auswirkungen auf die zukünftige Sicherheit dieser Stadt. Wenn wir uns den Besoldungsentwurf des Bundes anschauen, neben den Erhöhungen dann noch die Freie Heilfürsorge dazu nehmen, verdient ein Polizeimeister oder Kommissar in Berlin mit der höchsten Einsatzbelastung in ganz Deutschland gute 1.000 Euro weniger als einer bei der Bundespolizei, der vielleicht noch in der gleichen Stadt arbeitet. Kein Wunder, dass sich etablierte Beschäftigte wegbewerben und dringend benötigte Nachwuchskräfte den Bund, Brandenburg, Schleswig-Holstein oder wen auch immer der Polizei Berlin, der Berliner Feuerwehr oder anderen Verwaltungen in der Hauptstadt vorzieht und sich hier gar nicht erst bewirbt.“

Eigendruck im Selbstverlag / Impressum  
(verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes – v.i.S.d.P.):  
**Gewerkschaft der Polizei LB Berlin**  
Landesvorsitzender Stephan Weh  
Kurfürstenstraße 112 / 10787 Berlin  
mail: [gdp-berlin@gdp-berlin.de](mailto:gdp-berlin@gdp-berlin.de), web: [www.gdp-berlin.de](http://www.gdp-berlin.de)



**Gewerkschaft  
der Polizei**

Berlin